



**Jürgen Peters**  
**Erster Vorsitzender der IG Metall**

**20. Ordentlicher Gewerkschaftstag**  
**14. bis 18. Oktober 2003 in Hannover**

---

## Grundsatzreferat

### Die IG Metall am Beginn des 21. Jahrhundert Reformkraft für einen gerechte, demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft

- I. Die IG Metall auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
- II. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung
- III. Umverteilung, Sozialabbau und Angriffe auf die Tarifautonomie –  
falsche Weichenstellungen für die Zukunft
- IV. Konzepte für eine gerechte, demokratische und nachhaltige  
Arbeitsgesellschaft
  1. Reformen für die Arbeitswelt von Morgen
  2. Strategien einer solidarischen und innovativen Tarifpolitik
  3. Wege zum Sozialstaat des 21. Jahrhunderts
  4. Organisationsentwicklung in der IG Metall
  5. Für ein neues Europäisches Sozialmodell
  6. Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz
- V. Zur Kooperation bereit – zum Konflikt in der Lage

**Sperrfrist Redebeginn**  
**Es gilt das gesprochene Wort!**

## I. Die IG Metall auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von dem griechischen Philosophen Heraklit ist die Aussage überliefert:  
„Man kann nicht zweimal in denselben Fluss hinabsteigen.“  
Wie das fließende Wasser befände sich Alles in einem beständigen Prozess der Veränderung. Ein kluger Mensch, ohne Zweifel!

Gut 2500 Jahre danach spüren wir, wie rasant sich die Dinge ändern. Und wie schwierig es sein kann, mit diesen Veränderungen Schritt zu halten.

Die IG Metall hat schwere Monate hinter sich. Wir waren vom Kurs abgekommen. Der erste Teil des 20. Gewerkschaftstages der IG Metall war ein wichtiger Schritt, um wieder Tritt zu fassen. Wir haben unsere Differenzen in einer kontroversen, aber fairen Debatte ausgetragen.

Und vor allem: Wir haben uns auf eine Personalvorschlag geeinigt, und damit den festen Willen untermauert, die IG Metall wieder zusammenzuführen. Wir wollen wieder zu einer starken gesellschaftlichen Kraft werden

Wir sind auf einem guten Wege. Aber natürlich noch nicht am Ziel. Bei Leibe nicht. Jetzt steht die Sachdebatte im Vordergrund. Wir haben gesagt: Ende der Zerstrittenheit, aber nicht Ende der Diskussion; und schon gar nicht über den besseren Weg.

Unterschiedliche Meinungen über die richtige Politik der IG Metall wird es auch in Zukunft geben. Ohne Zweifel: Es wäre eine Illusion, was anderes zu glauben. Und ich füge hinzu: Es wäre auch eine langweilige, eine müde IG Metall. So ist die IG Metall nicht und so soll sie auch nicht werden.

Dass es heute oftmals schwieriger ist, Kolleginnen und Kollegen unter einen Hut zu bringen, hat tiefere Ursachen. Die Gesellschaft und mit ihr die Arbeitnehmerschaft ist vielfältiger geworden. Die IG Metall ist eine politische, aber sie ist auch eine soziale Einheitsgewerkschaft.

In ihr organisieren sich alle Arbeitnehmergruppen: Auszubildende, Arbeiter, Angestellte, Beschäftigte aus Klein-, Mittel und Großbetrieben, aus den unterschiedlichen Branchen der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, aus dem Holz- und Kunststoffbereich, aus dem Textil- und Bekleidungsbereich usw. usf.

Alle bringen ihre unterschiedlichen Berufserfahrungen und Arbeitsmarktchancen mit. Und sie bringen unterschiedliche Lebensentwürfe in ihre IG Metall ein. Das ist kein Nachteil, das ist ein Vorteil. Das ist die Grundlage für Vielfalt und Lebendigkeit.

Wo Vielfalt zur Normalität geworden ist, muss politische Einheit immer neu erarbeitet werden. Sie ergibt sich nicht im Selbstlauf.

Sie kann nur hervorgehen aus einem kontroversen und engagierten Meinungsaustausch und aus dem festen Willen, gemeinsam Vereinbartes dann auch gemeinsam durchzusetzen.

Man mag das als neue Debattenkultur bezeichnen, oder einfach als kollegialen Umgang miteinander. Entscheidend ist, dass diese Debatten fair und mit dem gemeinsamen Ziel geführt werden, die IG Metall voran zu bringen.

Vielleicht, Kolleginnen und Kollegen, könnte uns dabei auch ein wenig mehr Gelassenheit nicht schaden. Und ein bisschen Humor.

Aber wie sagte der Kabarettist Werner Fink so schön: „Die schwierigste Turnübung ist immer noch, sich selbst auf den Arm zu nehmen.“

## **II. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung**

Jeder Aufbruch ist zunächst Mühsal. Ein Aufbruch in das neue Jahrhundert allemal. Die Welt um uns befindet sich in einer krisenhaften Umbruchphase. Alle gesellschaftlichen Akteure stehen vor der Anforderung, sich politisch und programmatisch auf die Höhe der Zeit herauf zu arbeiten.

Wir leben in einer neuen Phase der historischen Entwicklung, in einem globalen Kapitalismus neuen Typs. Dieser neue Kapitalismus ist mächtiger und produktiver denn je. Er vollbringt wahre Wunder in der immer effizienteren Produktion des materiellen Reichtums. Aber er versagt bei der gerechten Verteilung.

Theoretisch wäre ein Wohlstand für alle möglich. Tatsächlich bringt das System Armut für immer mehr Menschen.

Diese Wirtschaftsgesellschaft hat das technologische und ökologische Wissen, um Wachstum und Natur in Einklang zu halten. Aber sie beutet Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen aus, um den Reichtum Weniger zu mehren.

Den Menschen in den Entwicklungsländern, aber auch uns in den Metropolen des Nordens begegnet dieser neue Kapitalismus vor allem in Gestalt der Globalisierung. Aber: die Globalisierung hat viele Gesichter.

Informationen, der Rohstoff der modernen Arbeitswelt, springen in Sekundenschnelle von Kontinenten zu Kontinent. Multinationale Konzerne verfügen über ein Netz von Standorten, das den gesamten Globus umspannt. Längst haben Investitionen und Unternehmensplanungen die nationalstaatlichen Grenzen hinter sich gelassen. Ihre Umsätze übersteigen nicht selten die Haushalte mittlerer Industriestaaten.

Geradezu explodiert sind die internationalen Währungs- und Finanzmärkte. Auf der Suche nach schnellen Profiten und oftmals mit katastrophalen Folgen für ganze Volkswirtschaften jagen die Akteure der globalen Finanzmärkte täglich über 2000 Milliarden Dollar um den Globus. 2000 Milliarden Dollar. Unvorstellbar!

Aber nicht nur die Ökonomie, auch Wertvorstellungen und kulturelle Lebensweisen lassen die nationalstaatlichen Grenzen hinter sich. Die Video-Clips von MTV prägen die Jugendkulturen in aller Welt heute weit stärker als Traditionen und heimische Kulturen.

Und Hamburger von Mc Donalds mit Coca Cola sind im entlegensten Winkel der Erde zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Globalisierung könnte Grundlage sein für mehr Wohlstand, Lebensqualität und Verständigung. Aber in der gegenwärtigen Form läuft sie auf das Gegenteil hinaus.

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, enger Berater von US-Präsident Clinton und ehemaliger Chef-Volkswirt der Weltbank hat dies prägnant beschrieben:

„Die Globalisierung in ihrer heutigen Form“, so sagt er, „ist keine Erfolgsgeschichte. Sie hat das Schicksal der meisten Armen in der Welt nicht gelindert. Sie ist ökologisch bedenklich. Sie hat die Weltwirtschaft nicht stabilisiert.“  
Doch er fügt hinzu: „Nicht die Globalisierung ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie umgesetzt wurde.“

Da liegt das Problem.

Mit der Globalisierung hat auch eine neue Religion ihren Siegszug um den Globus angetreten: der Neoliberalismus und mit ihm der Glaube an die Allmacht des Marktes. Neoliberalismus heißt: Alle Macht den Märkten – überall.  
Der Neoliberalismus ist keine zwangsläufige Folge der wirtschaftlichen Verflechtungen. Er ist ein politisches Projekt.

Wenn die multinationalen Unternehmen, die Kapitalfonds und die politischen Eliten einfordern, alles aus dem Weg zu räumen, was dem Markt entgegensteht – dann versprechen sie sich davon mehr Profit und mehr Macht.

Die globalen Unternehmen klagen über angeblich zu hohe Arbeits- und Sozialkosten; sie fordern Deregulierung und Sozialabbau und drohen mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen und Standorten.

Banken und Kapitalfonds entdecken die Unternehmen und die sozialen Sicherungssysteme als neue, attraktive Anlagefelder. Sie kaufen Aktien und Unternehmensteile und drängen weiter auf Umstrukturierungen und Beschäftigungsabbau.

Die Nationalstaaten beugen sich dem neoliberalen Zeitgeist. Sie kürzen soziale Standards und senken die Unternehmenssteuern; und sie privatisieren Leistungen und eröffnen den privaten Versicherungskonzernen neue Märkte und Anlagefelder. Schritt für Schritt.

### **III. Umverteilung, Sozialabbau und Angriffe auf die Tarifautonomie – falsche Weichenstellungen für die Zukunft**

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten erleben wir Standortpflege nach dieser Philosophie. Weltweit und auch bei uns. Angeblich geschieht all dies zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Doch die Zeche zahlen wir.

Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für die sogenannten Reformen von Rot-Grün: für die Agenda 2010, für die Gesundheitsreform und für die angeblichen Arbeitsmarktreformen.

Arbeitslosengeld und Gesundheitsleistungen werden zusammengestrichen, Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, die Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheker bleiben ungeschoren und die Arbeitgeber profitieren – in Milliardenhöhe.

Diese Politik ist wirtschaftspolitisch unsinnig und sozialpolitisch verantwortungslos. Sie schadet der Konjunktur und reißt neue Gerechtigkeitslücken auf, statt alte zu schließen.

Wir alle kennen die Resultate: Die Konjunktur lahmt weiter, die Haushaltslöcher werden immer größer, die Sozialversicherungsbeiträge steigen – und die Wende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht.

Zu dieser Politik sagen wir nein und das werden wir auch weiter tun!

Das gilt vor allem mit Blick auf die drohenden Eingriffe in die Tarifautonomie. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung dieser Stützpfeiler des Sozialstaates in Gefahr gerät.

Das Grundgesetz gibt der Tarifautonomie Verfassungsrang.

Und die eigenverantwortliche Aushandlung von Tarifnormen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ist eine tragende Säule unserer Sozialverfassung.

Angriff auf die Tarifautonomie – was heißt das?

Das heißt: Längere Arbeitszeiten und niedrigere Einkommen - darum geht es! Es geht hier nicht um angebliche „betriebliche Bündnisse für Arbeit“. Es geht hier um die Erpressbarkeit von Belegschaften und Betriebsräten.

Viele unserer Betriebsräte haben klar zu verstehen gegeben, was sie wollen: Verhandlungen mit den Unternehmensleitungen auf gleicher Augenhöhe - auf der Grundlage verlässlicher Tarifverträge.

Das haben sie in Erklärungen und in einer Umfrage der IG Metall unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Und nicht zuletzt in betrieblichen Aktionen! Das sind eindeutige Signale!

Ich fordere die Vertreter aller Parteien auf: Missbraucht die Tarifautonomie nicht für parteitaktische Manöver! Kümmert Euch um Arbeits- und Ausbildungsplätze und lasst die Finger weg von unseren Tarifverträgen!

Kolleginnen und Kollegen, Sozialabbau und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte sind keine nachhaltigen Zukunftskonzepte.

Das spüren auch die Menschen. Sie reagieren mit Wut und Resignation. Und sie geben der Regierung an der Wahlurne die Quittung.

Die letzten Wahlergebnisse sprechen eine klare Sprache:

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt verlor die SPD fast 16 Prozent an Wählerstimmen; in Hessen über 10 Prozent, in Niedersachsen über 14 Prozent und vor wenigen Wochen in Bayern über 9 Prozent!

Und es sind vor allem die sozialdemokratischen Stammwähler, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu Hause bleiben.

Wer diese Schüsse vor den Bug nicht hört, der muss taub sein.

Auf den ersten Blick mag die Opposition, vor allem die Union davon profitieren. Aber das ist nur ein oberflächlicher Blick.

Bei einer genaueren Analyse der Bayern-Wahl wird deutlich:

Die SPD sackte unter die 20 Prozent Marke. Richtig! Aber selbst die CSU verlor gut 200 000 Stimmen. Und vor allem: die Wahlbeteiligung stürzte ab von 70 auf gerade einmal 57 Prozent. Fast die Hälfte der Menschen ging also gar nicht mehr zur Wahl! Sie fühlt sich weder von der CSU, noch durch SPD, FDP oder Die Grünen im Parlament vertreten. Und dieses Problem gilt nicht nur für Bayern.

Umfragen belegen: die Menschen trauen offenbar keiner Partei mehr so richtig die Lösung unserer Probleme zu. Und das hat Ursachen:

Alle Parteien, auch die SPD, verschließen sich unter Verweis auf Globalisierung und Standortzwänge zunehmend gegenüber den Arbeitnehmerinteressen.

Die Unterschiede zwischen den Parteien verschwimmen mehr und mehr.

Aber die Demokratie lebt von Alternativen.

Wenn die Menschen keine echte Wahl mehr haben bei den Wahlen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn Resignation und Wahlabstinenz weiter zunehmen.

Was wir hier erleben, ist eine handfeste Krise der parlamentarischen Demokratie. Wenn das so weitergeht, hätte das katastrophale Folgen.

Kolleginnen und Kollegen, es ist dieser Abschied der SPD von den Arbeitnehmerinteressen, der die gemeinsame Tradition zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie heute infrage stellt.

Wenn die Sozialdemokratie diesen Weg weiter geht, dann wird sie uns auf absehbare Zeit als politischer Bündnispartner nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch dies gehört zu den bitteren Wahrheiten, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Ich sage das mit großer Sorge.

Denn die Union und die FDP sind in ihrer mehrheitlichen Ausrichtung weiß Gott keine Alternativen.

Natürlich, die SPD ist als Volks- und Regierungspartei nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtet. Sie muss auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen. Dass wissen wir!

Wir wollen keinen Gewerkschaftsstaat, aber wir erwarten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Staat zu ihrem Recht kommen.

Wir erwarten nicht, dass uns eine Regierung unsere Wünsche von den Augen abliest. Beileibe nicht. Aber wir erwarten, dass es bei der Reform des Sozialstaates solidarisch und bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen fair zugeht.

Wir wissen: ohne eine arbeitnehmerorientierte SPD haben wir in der Politik schlechte Karten. Aber auch die SPD sollte wissen: ohne die breite Zustimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat auch sie als Regierungspartei schlechte Karten!

Deshalb: Wir müssen die Stimmungen und Mehrheiten in der Gesellschaft verändern. Mit allen aktiven Gruppen und Bewegungen.

Weil wir wissen: Gegen aktive gesellschaftliche Mehrheiten kann in einer Demokratie auf Dauer keine Regierung regieren. Das muss jeder wissen! Auch die Politiker!

Wir müssen über neue Mehrheiten in der Gesellschaft wieder zu einer neuen Politik in den Parlamenten kommen.

#### **IV. Konzepte für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft**

Kolleginnen und Kollegen, die Kapitulation vor vermeintlichen Globalisierungs- und Standortzwängen führt die Gesellschaft in die Sackgasse.

Demokratische Regierungen dürfen sich nicht selbst zu ausführenden Organen anonymer Marktzwänge degradieren.

In unserem Grundgesetz steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Da steht nicht: In Zeiten der Globalisierung ist die Staatsgewalt an die globalen Finanzmärkte und die multinationalen Konzerne zu übergeben.

Wir wissen: so wie es heute ist, wird es nicht bleiben.

Georg Christoph Lichtenberg hat einmal gesagt: „Ich weiß nicht, ob es besser ist, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.“

Wir stehen an einer Weggabelung. Wir haben die Wahl:

Resignieren wir, dann geht die Reise in eine neoliberale Wettbewerbs-Gesellschaft weiter. Die Perspektive wäre eine Gesellschaft:

- in der privates Gewinnstreben groß und solidarischer Ausgleich klein geschrieben,
- in der Gewerkschaften geschwächt und Arbeitnehmerrechte abgebaut,
- und in der schnelle Wettbewerbserfolge ohne Rücksicht auf die Natur realisiert werden.

Niemand sollte sich täuschen.

In kapitalistischen Gesellschaften gibt es keine Bestandsgarantien für Gewerkschaften; und schon gar nicht für starke und eigenständige Organisationen!

In den Medien, an den Universitäten und in den Denkfabriken des Neoliberalismus wird längst über die Perspektive einer Gesellschaft ohne Gewerkschaften nachgedacht.

„Wozu noch Gewerkschaften?“, diese Frage wird immer öfter und immer aggressiver gestellt.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass sich die Gesellschaft auf einen anderen Entwicklungspfad begibt. Die neoliberale Wettbewerbs-Gesellschaft ist für uns keine Perspektive, sondern eine Schreckensvision. Unsere Vision ist eine gerechte, eine demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft.

- Gerecht heißt für uns: materiellen Reichtum, soziale Sicherheit und soziale Lebenschancen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft fair und solidarisch zu verteilen; zwischen Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden. Zwischen Männern und Frauen. Zwischen Alt und Jung und zwischen Menschen, die hier geboren sind und denen, die zu uns gekommen sind.
- Demokratisch heißt für uns: auf der Grundlage verbindlicher Bürger-, Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte den Menschen die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu geben. In der Politik, in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.
- Und nachhaltig übersetzen wir mit zukunftsfähig: Zukunftsfähig ist eine Gesellschaft nur, wenn sie nicht mehr an Naturressourcen und Reichtum verbraucht, als wiederherstellbar ist. Wenn ein Gleichgewicht gewahrt wird zwischen Mensch und Natur, Ökonomie und Ökologie und zwischen den Generationen.

Wir streiten nicht für die Konservierung der gegenwärtigen Verhältnisse. Wir streiten für eine bessere Zukunft. Wir brauchen einen neuen Aufbruch.

Wir halten nicht an alten Zöpfen fest, aber wir nehmen auch keinen Abschied von bewährten Prinzipien und von der Vision einer humaneren Gesellschaft.

Auch wir müssen uns um eine neue Balance zwischen programmatischer Kontinuität und politischer Neuorientierung bemühen. Aber unser Anspruch ist es, in programmatischen Debatten am Entwurf einer solidarischen Arbeitsgesellschaft zu arbeiten. Und zugleich durch unsere Betriebs-, Tarif-, Sozial- und Gesellschaftspolitik Schritte in diese Richtung zu gehen.

Kolleginnen und Kollegen! Die Entschließungen und Anträge, die vor uns liegen, enthalten viele Ideen und Anregungen zur notwendigen programmatischen Debatte. Sie sind Ergebnis breiter Diskussionen in den Verwaltungsstellen und den Gremien der Organisation. Wir werden sie in den nächsten Tagen beraten, und wir werden politische Beschlüsse fassen.

Ich will erst gar nicht den Versuch unternehmen, die Entschließungen und Anträge zusammenzufassen. Und ich werde mich hüten, den Beschlüssen vorzugreifen. Aber lasst mich aus meiner Sicht einige Eckpunkte eines gewerkschaftspolitischen Reformkonzeptes skizzieren. Eines Konzeptes, mit dem wir uns in die Debatte um die Zukunft der Gesellschaft einmischen wollen.



## 1. Reformen für die Arbeitswelt von Morgen

Kernfeld gewerkschaftlicher Politik ist und bleibt der Betrieb. Im Betrieb muss sich gewerkschaftliche Arbeit täglich bewähren, und nur aus der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben kann die Kraft für die gesellschaftliche Reformfähigkeit der IG Metall erwachsen.

In der Arbeitswelt erleben wir eine wahre Revolution. Die Unternehmen versuchen mit immer umfassenderen Rationalisierungs- und Modernisierungsstrategien der verschärften Konkurrenz Rechnung zu tragen. Kein Stein bleibt auf dem anderen.

Heute müssen sich nicht nur Produkte und Dienstleistungen auf äußeren Märkten bewähren. Die Spielregeln des Marktes dringen auch immer stärker in die Unternehmen selbst ein.

Produktionsstandorte müssen auf konzerninternen Märkten um Aufträge konkurrieren. Und Beschäftigungszahlen und Arbeitszeiten werden immer direkter an die Schwankungen von Produktion und Absatz angepasst.

Ziel ist es, die Risiken des Marktes an die Beschäftigten weiterzureichen. Der Arbeitnehmer als „Arbeitskraft-Unternehmer“ – so das Leitbild neuer Managementstrategien.

Die Menschen in den Betrieben erleben diesen Wandel durchaus widersprüchlich. Die neuen Produktions- und Arbeitsmodelle bieten neue Chancen. Traditionelle körperliche Belastungen werden zurückgedrängt. Arbeit wird interessanter. Es entstehen neue Spielräume, auch für eigene Qualifikationen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille.

Mit den neuen Unternehmensstrategien nehmen auch Belastungen und Probleme zu. Die Arbeit wird härter, die Leistungsdichte höher. Die grenzenlos flexibilisierten Arbeitszeiten binden den gesamten Lebensrhythmus immer enger an die Schwankungen des Marktes.

Die Fabriken mögen leichter atmen, aber den Menschen geht immer öfter die Puste aus. Zugleich werden soziale Schutzrechte abgebaut. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Werkverträge nehmen zu. Mit ihnen erhöhen sich Unsicherheit und Existenzängste bei den Betroffenen.

Doch das größte Problem ist und bleibt der nicht enden wollende Beschäftigungsabbau. Wir haben alle bitter zur Kenntnis genommen: Im Aktionärskapitalismus steigt der Wert der Aktie an der Börse, wenn die Zahl der Beschäftigten im Betrieb sinkt.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Betriebspolitik muss sich diesen Herausforderungen stellen. Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute versuchen jeden Tag aufs Neue, manchmal bis zur Erschöpfung, diesen Wandel mitzugestalten. Manchmal erfolgreich – manchmal werden aussichtslose Schlachten geschlagen. Darüber wird wenig in den Medien berichtet.

Ich will hier kein Süßholz raspeln. Das ist nicht meine Art.  
Aber ich darf durchaus einmal sagen: Die IG Metall ist stolz auf die vielen Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder, die gerade in Krisensituation alles dafür geben, das Beste für die Kolleginnen und Kollegen rauszuholen.  
Ihnen gebührt unser aller Dank und Anerkennung.  
Dieses Engagement kostet immer mehr Kraft.  
Diese betrieblichen Abwehrkämpfe sind und bleiben unverzichtbar: Aber wir brauchen dringender denn je auch umfassende Gestaltungskonzepte.

Wir brauchen eine Leitidee von einer besseren Arbeitswelt.  
In unseren Entschlüssen haben wir versucht, die Konturen einer solchen Arbeitswelt zu zeichnen.

Lasst mich dazu einige Stichworte nennen:

1. Eines unserer Kernziele lautet: Wir wollen die Chancen für bessere Arbeit und mehr Selbstbestimmung nutzen.

Dazu wollen wir die Arbeit auf eine neues Fundament von kollektiven Mitbestimmungs- und individuellen Beteiligungsrechten stellen.  
Ein ehrgeiziges Ziel. Ohne Zweifel!

Wir brauchen einen neuen Mix aus kollektiven Rechten der betrieblichen Interessensvertretungen und individuellen Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mitbestimmung und Beteiligung sind keine Gegensätze. Im Gegenteil, sie müssen einander ergänzen.

Personalstrategien, die sich an überkommenen „Herr-im-Hause-Standpunkten“ orientieren, gehören in die Mottenkiste. Und ebenso Managementkonzepte, die dem Einzelnen scheinbar mehr Selbstständigkeit einräumen, ihn aber durch Zeitvorgaben und unterbesetzte Projektteams zum „Arbeiten ohne Ende“ zwingen.

Wer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lediglich zum Spielball der Schwankungen des Marktes macht, der setzt die betriebliche Zukunft aufs Spiel. Der gefährdet die wichtigsten Quellen betrieblicher Produktivität und Innovation: Die Motivation und Kreativität der Beschäftigten.

Wir sagen: Wer die moderne Arbeitswelt von Morgen erfolgreich formen will, der muss die Menschen im Betrieb ernst nehmen, der muss auch im Betrieb mehr Demokratie wagen!

Die Versuche von konservativen Kräften, Wirtschaftsverbänden und Aktionärsgruppen, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer einzuschränken, ist geradezu abwegig.

Ohne Zweifel, die zunehmende Orientierung der Unternehmenspolitik an den Aktionärsinteressen erfordert auch von uns eine Überprüfung unserer mitbestimmungspolitischen Strategien.

Wie können wir den maßlosen Renditeansprüchen externer Anteilseigner entgegentreten?

Wie wollen wir uns für diese Anforderungen qualifizieren und wie werden wir unsere tägliche Arbeit den internationalen Strukturen der Unternehmen anpassen. Aber klar ist. Es geht nicht um weniger Demokratie im Betrieb, es geht um neue Wege der Mitbestimmung und Beteiligung.

2. Wir müssen die inhaltlichen Schwerpunkte unsere Betriebspolitik neu ausrichten.

Die Revolution in den Betrieben und die Veränderungen in der Gesellschaft werfen neue Probleme auf. Nicht nur die Gesellschaft wird älter. Auch in den Betrieben wird das Durchschnittsalter der Belegschaften steigen.

Sind die Unternehmen, sind wir alle darauf vorbereitet? Ich glaube nicht! Immer noch dominiert in den Betrieben das Leitbild „olympiareifer Belegschaften“. Immer öfter werden Beschäftigte aus dem Arbeitsprozess ausgesondert.

Wir leben wirklich in einem Tollhaus. Anstatt Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, wird die Anhebung des Renteneintrittsalters gefordert.

Aber ich sage: Wer schon 50-Jährige aus dem Erwerbsleben rausdrängt und gleichzeitig für die Rente mit 67 plädiert, der weiß entweder nicht, wovon er redet oder er ist ein Scharlatan! Diese unehrliche Debatte muss endlich aufhören.

Gegenwärtig liegt das durchschnittliche Zugangsalter bei den Altersrente bei 62,4 Jahren. Aber bei den Renten wegen verminderter Erwerbsunfähigkeit liegt es bei etwa 50 Jahren! Wer mit 60 oder früher aus dem Betrieb geht, steht in der Regel auf einer Entlassungsliste oder ist körperlich kaputt. Der Arbeitsplatz ist weg, die Gesundheit dahin – und die Rente soll in immer weitere Ferne rücken? Das ist keine Lösung.

Damit lässt man die Betroffenen nach einem langen Arbeitsleben im Stich, - und dazu werden wir nicht auch noch Beifall klatschen.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier neue Wege gehen: in der Betriebspolitik und in der Rentenpolitik.

Die Verantwortlichen in den Unternehmen fordere ich auf: Stellen Sie sich endlich der demographischen Herausforderung in der Arbeitswelt.

Wir brauchen Arbeitsplätze, an denen auch ältere Kolleginnen und Kollegen ihren Anteil zum Betriebserfolg einbringen können.

Das erfordert gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen.

Das erfordert Konzepte eines lebensbegleitenden Lernens, und Arbeitsformen, die nicht nur Jüngere aushalten.

Wir sind bereit, an einer solchen, wirklich nachhaltigen Modernisierung der Arbeitswelt mitzuarbeiten. Unter dem Titel „Gute Arbeit“ wollen wir unsere Aktivitäten bündeln. Tarif-, sozial- und betriebspolitische Maßnahmen müssen ineinander greifen. Wir wollen unsere Verwaltungsstellen unterstützen.

Und wir wollen an betrieblichen Beispiele zeigen, dass es geht.

Kolleginnen und Kollegen, Eine solche altersgerechte Arbeitsgestaltung sollte ergänzt werden durch neue Optionen im Rentenrecht.

Ich glaube: Eine einzige Altersgrenze für Alle entspricht nicht mehr der Realität der modernen Arbeitswelt. Die Erwerbsbiographien und die Lebensentwürfe der Menschen unterscheiden sich eben.

Warum dann eine Einheitslösung für alle. Warum nicht unterschiedliche Ausstiegsoptionen und mehr Mitbestimmung des Einzelnen?

Die IG Metall tritt dafür ein, nicht nur einen, sondern unterschiedliche Wege in die Rente zu öffnen. Kein Zweifel: Alter 65 muss die Obergrenze bleiben. Alles andere widerspricht der Wirklichkeit in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt.

Aber: Wer über entsprechende Versicherungsjahre verfügt oder wer Gesundheitsschäden davon getragen hat, der muss auch früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Und zwar zu zumutbaren Bedingungen.

Deshalb sagen wir: Wer 45 Versicherungsjahre auf dem Buckel hat, der soll mit 60 und ohne Abschlüge gehen können. Basta!

Aber wir sagen auch: wer weiter arbeiten kann und will, dem sollten Modelle eines gleitenden Ausscheidens aus dem Arbeitsleben angeboten werden.

Etwa durch eine Kombination aus kürzerer Arbeitszeit im Alter und einer Teilrente.

Kolleginnen und Kollegen, es geht mir hier nicht um Details. Es geht um die Grundrichtung. Wir wollen keine Renten mit 67, wir wollen Wege für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand.

3. All dies wird uns nur gelingen, wenn wir unsere gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben stärken.

Selbstbewusste Betriebsräte sind der eine Stützpfeiler der IG Metall, unsere gewerkschaftlichen Vertrauensleute der andere. Machen wir uns nichts vor: Unsere Vertrauensleutearbeit befindet sich nicht im besten Zustand. Das schwächt uns ungemein.

Die IG Metall hat in der Vergangenheit aus ihrer Vertrauensleutearbeit viel Kraft bezogen. Mit den Vertrauensleuten war die IG Metall in den Alltagsgesprächen im Betrieb präsent. Umfassend! Das fehlt heute vielfach. Und das ist unser Problem.

Um nicht missverstanden zu werden:

Ich bin weit davon entfernt, die engagierte Arbeit vieler Vertrauensleute gering zu schätzen. Aber wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir auch unter den neuen Bedingungen die Meinungsführerschaft in den Betrieben zurückgewinnen.

Ja, wir brauchen neue Formen der Ansprache und der Diskussion. Vielleicht müssen wir auch unsere betriebspolitischen Themen überprüfen.

Wir müssen näher ran an die drängenden Probleme des betrieblichen Alltags, an die erlebten Widersprüche.

Wir müssen als IG Metall Foren anbieten, in denen mit der IG Metall gemeinsam an Lösungen der betrieblichen Probleme gearbeitet wird.

4. Zur Bewältigung unserer vielfältigen Aufgaben müssen wir uns präparieren.

Immer wieder neu. Das ist u.a. Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sie ist Teil unserer Tradition. Sie bietet Freiräume für kontroverse Debatten; sie eröffnet Möglichkeiten der gemeinsamen Verständigung über gewerkschaftliche Zukunftsfragen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll uns fit machen für die täglichen Auseinandersetzungen in Betrieb und Gesellschaft. Es geht um die Ausbildung der individuellen Fähigkeiten und es geht um Orientierungswissen.

Es geht um fachliche, soziale und kommunikative Kompetenzen; und um politische Zielsetzungen. Ohne Zweifel. Aber es geht um mehr: Es geht auch darum, für unsere Kolleginnen und Kollegen wieder stärker diese IG Metall als ihre IG Metall erfahrbar zu machen.

## **2. Strategien einer solidarischen und innovativen Tarifpolitik**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Betriebspolitik ist eng verzahnt mit unserer Tarifpolitik. Dieses Verständnis hat die IG Metall immer stark gemacht. Es hat dazu beigetragen, dass die IG Metall in vielen tarifpolitischen Fragen Lokomotive in Deutschland und Europa war. Und das muss auch so bleiben.

Dazu müssen wir uns den Zukunftsfragen rechtzeitig stellen. Dazu müssen wir die Fähigkeit zum Konsens aus der Fähigkeit zum Konflikt entwickeln.

Wir haben bereits ein Stück des Weges zurückgelegt. Das gilt etwa für unsere gemeinsamen Entgelttarifverträge. Die neuen Tarifregelungen bieten einen zukunftsfähigen Rahmen für Arbeit und Leistung. Damit beweisen wir: Mit Tarifverträgen gestalten wir die Arbeitswelt von morgen.

ERA stellt einen Meilenstein unserer Tarifpolitik dar. Mit der Überwindung der überkommenen Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten haben wir ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte aufgeschlagen. Ein Kapitel, auf das wir stolz sein können. Aber abgeschlossen ist dieses Kapitel noch nicht. Wir müssen ERA noch in allen Tarifgebieten durchsetzen.

ERA eröffnet neue Möglichkeiten, unseren Vorstellungen von Entgeltgerechtigkeit und „guter Arbeit“ näher zu kommen. Aber: Erst die betriebliche Umsetzung der nächsten Jahre wird letztlich über Erfolg oder Misserfolg entscheiden.

Kolleginnen und Kollegen! Auch an anderer Stelle haben wir die Gestaltungskraft unserer Tarifverträge unter Beweis gestellt: Wir haben Instrumente zur Beschäftigungssicherung entwickelt, wir haben Altersteilzeitregelungen vereinbart. Und wir haben über die Tarifpolitik die betriebliche Altersvorsorge ausgebaut.

Trotz aller Probleme, die es gegenwärtig mit unserem Versorgungswerk „MetallRente“ noch gibt: Wir haben unsere Mitglieder mit der aufgerissenen Rentenlücke nicht im Regen stehen lassen.

Diese Beispiele zeigen: trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir in den letzten Jahren tarifpolitische Erfolge erzielt. Damit können wir uns sehen lassen.

Wir müssen uns aber auch eingestehen: Trotz großer Anstrengungen ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, die Verteilungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stabilisieren.

Im Gegenteil! Unser Anteil am gesellschaftlichen Reichtum nimmt ab. Die Lohnquote sinkt und die Gewinnquote steigt. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen nicht nur in der Tarifpolitik begründet. Die Schieflage ist daher auch nicht allein durch die Tarifpolitik zu korrigieren.

Verschärft wird die zunehmende soziale Schieflage gerade durch die Steuerpolitik. Seit Jahren erleben wir eine Verschiebung der Steuerlast von den Unternehmen weg und hin zu den Arbeitnehmern und Verbrauchern.

Das gleiche gilt für die Kosten der sozialen Sicherung. Sie werden zunehmend auf die Schultern der Arbeitnehmer überwältzt. Auch das ist Verteilungspolitik. Verteilungspolitik zu unseren Lasten.

Für die Tarifpolitik bleiben wir bei unseren Maßstäben: Es geht um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Produktivität, die Inflationsrate und die Umverteilungskomponente als Korrekturfaktor.

Wir können politische Fehlentwicklungen nicht mit den Instrumenten der Tarifpolitik korrigieren. Das wäre eine Überforderung. Deshalb: Wir brauchen ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept. Unsere tarifpolitischen Verteilungsziele, unsere Vorstellungen für eine solidarische Finanzierung der Sozialversicherungen und für eine gerechte Steuerreform müssen ineinander greifen.

Kolleginnen und Kollegen, für die Tarifpolitik stellt sich aber auch die Frage der weiteren Differenzierung. Ob wir uns diesem Weg öffnen oder nicht, ist letztendlich von Voraussetzungen und Bedingungen abhängig.

Zwei möchte ich nennen:

1. Die Fähigkeit zur solidarischen Tarifpolitik muss erhalten bleiben. Systeme zu Gunsten einzelner Betriebe, bei denen dauerhaft niedrigere Tarifabschlüsse zulasten der Fläche drohen, sind nicht akzeptabel.
2. Eingriffe in tarifliche Besitzstände darf es nicht geben. Regelmäßige, tarifliche Grundeinkommen dürfen nicht variabilisiert werden.

Wie Differenzierung in der Praxis auch aussehen kann, haben wir in der Tarifrunde Ost erfahren. Unsere Angebote, für wirtschaftlich stärkere Unternehmen eine schnellere Angleichung zu vereinbaren, also nach oben zu differenzieren, stieß auf klare Ablehnung.

Die großen und leistungsfähigen Betriebe haben sehr schnell den Wert des „starren“ Flächentarifvertrages hervorgehoben. Diese Art der Differenzierung ist offensichtlich nicht das, was die Arbeitgeber meinen. Sie wollen Differenzierung ausschließlich nach unten.

Unsere Debatte bleibt eine Trockenübung, wenn wir uns gegen diese Vorstellung nicht durchsetzen. Und wenn wir es nicht schaffen, den Weg einer entgeltpolitischen Differenzierung zur Stärkung unserer Betriebspolitik zu nutzen.

Schließlich muss unsere Tarifpolitik zu mehr aktiven Belegschaften, mehr Mitgliedern, stärkeren Betriebsräten und Vertrauenskörpern und einer aktiveren Basis führen. Dies ist ein Dreh- und Angelpunkt.

Dies führt zu einem weiteren Problem: Wir müssen tarifpolitisch den wirtschaftlichen Strukturwandel bewältigen. Ohne Zweifel !

Mittlerweile ist auch die Metall- und Elektroindustrie zu einem der wichtigsten Dienstleistungsbereiche der Gesamtwirtschaft geworden. Industrieorientierte Dienstleistungen gewinnen an Bedeutung. Als hochqualifizierte, aber auch als einfache Arbeit. Immer mehr Dienstleistungseinheiten werden zudem outgesourct.

Oftmals gehen dabei Tarifstandards und soziale Schutzrechte verloren. Da müssen wir ran. Gegebenenfalls mit einem eigenständigen tarifpolitischen Gestaltungskonzept. Wir müssen die tarifpolitische Zersplitterung auffangen.

Dabei ist klar: Die Reichweite der Veränderungen ist viel größer, als in manchen Debatten zur Differenzierung deutlich wird.

Kolleginnen und Kollegen, Differenzierung, das hat natürlich auch etwas mit Arbeitszeit-Politik zu tun. Gerade hier erleben wir, wie das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll.

Es ist doch absurd: Millionen von Menschen haben keine Arbeit, und die Arbeit haben, sollen länger arbeiten. 38 Stunden pro Woche, 40 oder noch länger – wenn es nach Angela Merkel, Dieter Hundt oder anderen ginge.

Wir werden diesen arbeitszeitgeschichtlichen Rückschritt nicht mitmachen. Kürzere, nicht längere Arbeitszeiten sind die historisch richtige Antwort auf die steigende Produktivität der Arbeit.

Um es klipp und klar zu sagen: Ein zurück zur 40 Stunden-Woche wird es mit uns nicht geben!

Aber es geht nicht nur um die Dauer, heute geht es vor allem um die Gestaltung der Arbeitszeit. Die entscheidende Frage lautet: Wem gehört die Zeit? Den Unternehmen oder den Menschen?

Die Grenzen zwischen freier Zeit und Erwerbsarbeit verschwimmen. Die Verfügbarkeit der Menschen für die Betriebe nimmt drastisch zu.

Während die tarifvertraglichen Arbeitszeiten stagnieren, wird die tatsächliche Arbeitszeit länger. Das hat beschäftigungspolitische Konsequenzen. Das hat gesundheitspolitische Folgen. Eine arbeitszeitpolitisch untätige IG Metall wird es deshalb nicht geben können.

Wir wollen die Zivilisierung der grenzenlosen Flexibilität.

Wir sind keine Gegner von Flexibilität. Wir sind offen für neue Ideen, offen für Innovationen bei der Gestaltung der Arbeitszeit. Aber wir bestehen darauf, dass Arbeitszeit für den einzelnen Menschen planbar bleibt, und dass geleistete Arbeitszeit auch bezahlt wird.

Wir bestehen darauf, dass die tariflichen Arbeitszeitnormen und die betriebliche Arbeitszeitwirklichkeit beschäftigungsförderlich und gesundheitsverträglich sind. Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitszeitgestaltung – das ist die arbeitszeitpolitische Leitlinie der nächsten Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tarifpolitik, das bedeutet zu keiner Zeit Stillstand – Das bedeutet immer wieder neue qualitative Herausforderungen. So das Thema Weiterbildung.

Aber: Gemessen an dem, was nötig wäre, wird viel zu viel geredet. Und viel zu wenig umgesetzt. Wir wollen möglichst allen Beschäftigten den Zugang zu Weiterbildung öffnen. Wir wollen sicher stellen, dass wirklich innovative Bildungsinhalte angeboten werden, die sich auch auf der Höhe der Zeit bewegen.

Einige positive Beispiele können wir vorzeigen: In Baden-Württemberg, in Betrieben der IT-Branche, bei VW, im Bereich Textil und Bekleidung. Wir werden diesen Weg weitergehen.

Kolleginnen und Kollegen, wer von Weiterbildung spricht, darf von Ausbildung nicht schweigen. Über 35 000 junge Menschen sind in diesem Jahr noch ohne Ausbildungsplatz. So die offizielle Statistik. Hier klafft eine gigantische Lücke zwischen allgemeinem Gerede und konkreten Taten.

Nicht einmal 25 Prozent der Betriebe bilden aus. Das ist ein Skandal! Und das geht auf das Konto derer, die ausgerechnet uns Blockadepolitik vorwerfen. Über drei Viertel der Arbeitgeber stehlen sich aus dieser Pflicht für das Gemeinwesen. Das ist Blockadepolitik! Das ist nicht mehr hinnehmbar!

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich tätig zu werden. „Wer nicht ausbildet, soll wenigstens zahlen!“

Wir nehmen zur Kenntnis, mit welcher Energie diese Bundesregierung die Kürzung der Arbeitslosenhilfe verfolgt. Wir wünschen uns wenigstens einen Teil dieser Entschlossenheit für die Zukunft der jungen Menschen.



### 3. Wege zum Sozialstaat des 21. Jahrhunderts

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft der Moderne. Er gehört zur modernen Zivilisation wie Demokratie, Aufklärung und Menschenrechte. Den Kampf um seine Bewahrung als Konservatismus zu verunglimpfen, ist völlig absurd.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat dies durch einen beeindruckenden Vergleich auf den Punkt gebracht:

„Wer verfele denn im Ernst auf den Gedanken, die Verteidigung der kulturellen Errungenschaften der Menschheit - Kant und Hegel, Mozart und Beethoven - als Konservatismus zu verurteilen? Die sozialen Errungenschaften, (...) soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit usf., für die Männer und Frauen gekämpft und gelitten haben, sind ebenso große und kostbare Errungenschaften, wie die philosophischen Werke, die in den Bibliotheken und Schulen, oder die musikalischen Werke, die in den Konservatorien und Konzertsälen mit religiöser Ehrfurcht bewahrt und gepflegt werden.“

In der Tat. Es geht um die Bewahrung von Errungenschaften.  
Es geht darum, den Sozialstaat nicht abzubauen, sondern ihn unter den neuen Bedingungen zu sichern!

Natürlich: Wir kennen die Finanzprobleme des Sozialstaates.  
Aber wir wissen: Die Kernprobleme sind Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit.

Und wir wissen: Wenn Reiche und Superreiche sich nicht mehr an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, fährt jeder Sozialstaat vor die Wand.  
Wenn Unternehmen keine Steuern mehr zahlen, sondern sich sogar aus den Staatskassen bedienen, lässt sich damit kein Staat machen.

kein Zweifel: Der Sozialstaat muss auf ein neues Fundament gestellt werden.  
Wir brauchen vor allem eine aktive Beschäftigungspolitik und ein gerechteres Steuersystem.

Aber ich sage auch: Wir müssen sozialstaatliche Leistungen auf Zielgenauigkeit und Gerechtigkeit überprüfen.

Hier sehe ich vor allem vier Felder, auf denen sich eine solidarische Sozialstaatsreform zu bewähren hat.

1. Wir müssen die Finanzbasis der sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen.

Die Vorschläge, die etwa die Herzog-Kommission vorgelegt hat, sind dazu schlichtweg untauglich. Wer das heutige System auf Kopfprämien umstellen will, der will die grenzenlose Privatisierung. Der bricht mit den sozialstaatlichen Prinzipien. Die Arbeitgeber wären raus aus ihren finanziellen Verpflichtungen.

Die Besserverdienenden würden profitieren. Familien mit Kindern wären die Verlierer.

Das ganze läuft nicht auf eine stabile Zukunft, sondern auf das schnelle Ende der sozialen Krankenversicherung hinaus. Das werden wir nicht mitmachen!

Bundespräsident Johannes Rau sagte in seiner bemerkenswerten Rede vor dem Bundeskongress des DGB : „Wir müssen über Bismarck hinaus, aber wir dürfen nicht hinter Bismarck zurück.“

In diese Richtung weisen unsere konkreten Vorschläge.  
Im Zentrum steht unsere Forderung nach einer Erwerbstätigenversicherung.  
Lange von der Politik verpönt, heute unter dem Stichwort „Bürgerversicherung“ in aller Munde.

Der Kerngedanke unseres Konzeptes ist einfach :  
Alle Erwerbstätigen sollen in die Kranken- und Rentenversicherung einzahlen.  
Besserverdienende Arbeitnehmer, Beamte, Freiberufler, Selbständige und politische Mandatsträger.

Wir wollen die Solidargemeinschaft stabilisieren, indem wir sie erweitern. Alle sollen in den Schutz der Sozialsysteme einbezogen werden. Aber alle sollen auch an ihrer Finanzierung beteiligt sein.

Es ist nicht akzeptabel, dass die besserverdienenden Berufsgruppen sich in private Versicherungssysteme absetzen, und die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Zukunftsproblemen des Sozialstaats alleine lassen.

Wer die Solidarsysteme wirklich für die Zukunft sichern will, der muss verhindern, dass sie ausbluten. Unsere Solidarsysteme leben von dem Grundgedanken: die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten und die Besserverdienenden für die Geringverdienenden.

Das sind die Errungenschaften eines Sozialstaates.  
Die haben wir zu verteidigen! Und das werden wir auch tun!

Wir wissen auch, dass Reformen notwendig sind: Die enge Koppelung der Einnahmen der Sozialkassen an die Arbeitseinkommen ist ein Problem.

Wenn die Arbeitslosigkeit steigt und die Löhne niedrig ausfallen, schlägt sich das als Einnahmeproblem in den Sozialkassen nieder.

Und wenn etwa Einkommen aus Vermietung oder aus hohen Kapitaleinkommen nicht beitragspflichtig sind, verschärft das die Ungerechtigkeiten.

Hier sind zwei Auswege denkbar:

Entweder werden die Sozialkassen durch einen höheren Steuerzuschuss gegenüber den Risiken von Arbeitsmarkt und Konjunktur geschützt; oder auch Mieten und Zinsen aus Kapitalvermögen werden beitragspflichtig.

Hier steckt der Teufel im Detail. Wir werden unsere Vorschläge weiter entwickeln; und wir werden uns aktiv an dieser Diskussion beteiligen.

2. Auch mit Blick auf die Alterung der Gesellschaft stellen sich neue Fragen. In unserer Gesellschaft werden zukünftig mehr Ältere und weniger Junge Menschen leben.

Viele in Politik und Wissenschaft machen es sich einfach, viel zu einfach: Ihre Standardforderungen lauten: Rente runter, Altersgrenze rauf. Ich habe den Eindruck - Ob Rürup- oder Herzog-Kommission: In der Alterssicherung hat sich eine große Koalition gegen die soziale Rentenversicherung zusammengebracht.

Würden etwa die Kürzungs- Pläne der Rürup-Kommission umgesetzt, müsste ein Durchschnittsverdiener 34 Jahre lang Beiträge zahlen, um zukünftig eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu erhalten. Ein Leben lang Beiträge gezahlt, dann Rente, die nicht zum Leben reicht.

Das ist Rentenpolitik mit der Abrissbirne! Das hat mit Reformpolitik nichts zu tun.

Ja, wir müssen uns der demographischen Herausforderung stellen. Aber mit Reformen, die die Rente sichern und nicht immer weiter kürzen.

Zunächst will ich festhalten: Über die Finanzierungsspielräume der Sozialkassen entscheidet letztlich nicht die Demografie, sondern die Ökonomie.

Entscheidend ist nicht, wie viel junge und wie viel alte Menschen in einer Gesellschaft leben.

Entscheidend ist, wie viele Menschen Arbeit haben und wie hoch die Einkommen sind, von denen sie Beiträge in die Sozialkassen zahlen.

Die anstehenden Probleme sind nicht zu lösen durch die Aufkündigung des Generationenvertrages. Die ältere Generation hat diese Land aufgebaut. Sie hat ein Anrecht auf ein auskömmliches Leben im Alter.

Und die nachwachsenden Generationen haben ein Anrecht auf stabile und verlässliche Sicherungssysteme gegen die sozialen Risiken des Lebens. Hier ist ein fairer Ausgleich angesagt, und kein schüren des Generationenkonfliktes.

Es geht um mehr Arbeitsplätze und um Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen. Nur damit sichern wir den Generationenvertrag für die Zukunft.

Der Schlüssel dazu liegt auf dem Arbeitsmarkt.

Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beiträge für die Rentenkassen. Diesen Weg müssen wir gehen.

3. Soziale Gerechtigkeit ist aber nicht nur eine Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Auch die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen entscheidet über soziale Lebenschancen.

Es geht nicht nur um Schulen und Universitäten, um öffentliche Verkehrsanbindung und Kulturangebote. Es geht z.B. auch um die Familienpolitik, um Gleichstellungspolitik.

Längst verfügen Frauen über gleichwertige Schulabschlüsse und berufliche Qualifikationen wie ihre männlichen Altersgenossen.

Es ist verantwortungslos, Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erschweren. Aus Gründen der Gleichstellung der Geschlechter, aber auch mit Blick auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Hier muss sich vieles ändern.

Wir brauchen

- betriebliche Arbeitszeiten, die mehr Spielräume zur Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben eröffnen;
- eine kinderfreundlichere Ausgestaltung des Steuersystems;
- Wir brauchen eine bessere Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in den sozialen Sicherungssystemen;
- Und wir brauchen mehr und bessere Einrichtungen zur Betreuung von Kleinkindern und mehr und bessere Ganztagschulen.

Vor allem aber brauchen einen kulturellen Wandel, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gemeinsame Aufgabe beider Geschlechter sowie der gesamten Gesellschaft akzeptiert.

4. In einer modernen Demokratie gehören vor allem Bildungsangebote zu den wichtigsten öffentlichen Gütern.

Ich hoffe, die Ergebnisse der PISA-Studie haben alle wach gerüttelt. Für einen Staat mit der Wirtschaftskraft Deutschlands ist unser Bildungssystem schlicht eine Peinlichkeit.

Bildungsausgaben sind nicht nur ökonomische Zukunftsinvestitionen.

In einer Demokratie muss Bildung mehr sein, nämlich auch Bürgerrecht.

Eine Demokratie braucht mündige, aufgeklärte Bürger. Bürger mit politischem Orientierungswissen und eigener Urteilskraft.

Immanuel Kant rief einmal den Bürgern zu: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“

In der Tat, es geht darum: den Mut und die Fähigkeit zu fördern, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, sich den Verdummungen von Medien und Ideologien zu widersetzen. Das ist Aufgabe einer modernen Bildungspolitik.

Heute sind die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten nirgendwo so gering wie in Deutschland. Die soziale Spaltung ist wieder offenkundig.

In den 70er Jahren waren die Bildungsreformen ein Glanzstück sozialliberaler Reformpolitik. Es ging um Bildungsinhalte und mehr Chancengleichheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von manchem „neuen Sozialdemokraten“ wird uns heute gesagt: materielle Verteilungsgerechtigkeit sei out; im neuen Jahrhundert gehe es um Chancengerechtigkeit.

Ich sage: wer Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit als Gegensätze begreift, der hat von den Regeln einer kapitalistischen Marktgesellschaft nichts begriffen.

In der Geld-Gesellschaft entscheiden Einkommen und Vermögen über Lebenschancen. Auch in der Bildung. Geld öffnet Türen. Und der Markt? Der Markt verteilt höchst ungerecht. Da muss der Sozialstaat ran. Wer mehr Chancengerechtigkeit will, braucht mehr Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen.

Man mag uns Traditionalisten schimpfen, aber ich sage:  
Wir werden uns von dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit nicht verabschieden.  
Wir wollen auch im 21. Jahrhundert eine gerechtere Verteilung von Einkommen, Vermögen **und** Lebenschancen!

#### **4. Organisationsentwicklung in der IG Metall**

Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall ist nicht aus Beton. Wie alle lebendigen Organismen verändern wir uns auch permanent.

Wir haben in den letzten Jahren vieles vorangebracht.  
Wir haben die Verwaltungsstellen gestärkt, neue Arbeitsformen entwickelt, moderne Konzepte der Beteiligung erprobt.  
Neue Modelle der Qualifizierung auch für unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen entwickelt, die Personalarbeit neu ausgerichtet.  
Wir haben die Kolleginnen und Kollegen der GTB und der GHK erfolgreich integriert.

Aber Kolleginnen und Kollegen, das Kernproblem unserer Organisation haben wir noch nicht bewältigt. Monat für Monat verlieren wir Mitglieder!  
Diesen Trend müssen wir stoppen und umkehren.  
Wir brauchen mehr Mitglieder. Und wir müssen die Kluft zwischen dem sozialen Profil der Arbeitnehmerschaft und der IG Metall-Mitgliedschaft schließen.

Kein Zweifel: der öffentlich ausgetragene Streit nach der Tarifrunde Ost hat uns nicht gut getan. Wahrlich nicht. Was da über die Medien kam, war kein Werbeprogramm, das war ein Mitglieder-Abschreckungsprogramm.

Aber wir dürfen die tiefer liegenden Ursachen nicht übersehen.  
Wir tun uns nicht nur schwer mit der Erschließung neuer Sektoren.  
Auch wo wir über betriebliche Strukturen und eine gewerkschaftliche Tradition verfügen, lässt Mitgliederbindung nach. Auch dort sinkt der Organisationsgrad!

Sicher: in der Mitgliederentwicklung spiegelt sich auch der Beschäftigungsabbau in den Betrieben wieder. Wir verlieren Mitglieder, weil wir Arbeitsplätze verlieren.  
Aber wir gewinnen auch zu wenig neue Mitglieder; selbst dort, wo die Beschäftigungssituation günstiger ist.

Angesichts dieser Diagnose zur Tagesordnung überzugehen, wäre sträflich und verantwortungslos. Hier müssen wir Klartext reden. Ich sehe zwei zentrale Ursachen:

Die Intensität, mit der in den Betrieben Mitglieder geworben werden, hat nachgelassen. Und: Mitgliederwerbung steht oftmals nicht im Zentrum der örtlichen Gewerkschaftsarbeit.

Für beides gibt es nachvollziehbare Gründe, aber beides müssen wir ändern!  
Gemeinsam!

Hier ist die gesamte Organisation gefordert: der Vorstand, die Bezirke, die Verwaltungsstellen und unsere betrieblichen Funktionäre.  
Auf Vorstandsebene müssen wir unserer Aktivitäten in allen Bereichen auf die Mitgliedergewinnung konzentrieren: in der Betreuung der Konzern- und Gesamtbetriebsräte, bei der Erstellung von Materialien und in der Medienarbeit.

Auch die Mittel aus dem Strukturfonds müssen stärker auf die Förderung von örtlichen Maßnahmen der Mitgliederwerbung ausgerichtet werden.  
Gleiches gilt für die Bezirke. Die bezirkliche Mitgliederentwicklung sollte obligatorisch sein auf jeder Geschäftsführer-Konferenz.  
In einem der Anträge wird vorgeschlagen, bezirkliche Einsatz-Teams zur befristeten Unterstützung örtlicher Mitgliederwerbung zu bilden. Wir werden diesen Vorschlag aufgreifen.

In den Verwaltungsstellen gibt es durchaus erfolgreiche Praxis-Beispiele.  
Den Informationsaustausch über solche Erfolgsmodelle zu organisieren und Nachahmungs-Projekte zu fördern, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden.  
Die Halte- und Rückholarbeit muss systematischer und professioneller werden und vor allem: flächendeckend.

Aber: alle Liebesmüh ist vergebens, wenn die Mitgliederwerbung in den Betrieben nicht wieder an Fahrt gewinnt!  
Im Betrieb erleben die Kolleginnen und Kollegen die IG Metall hautnah. Hier ist der Wert der Betriebsverfassung und der Schutz unserer Tarifverträge direkt spürbar.  
Hier müssen die Menschen angesprochen werden.

Mal Hand auf's Herz: wie viele Betriebsräte oder Vertrauensleute klappern noch systematisch und regelmäßig die Abteilungen im Betrieb ab, um Nicht-Organisierte anzusprechen?

Ich weiß: da läuft nicht's mehr von selbst, da muss mehr argumentiert und überzeugt werden, als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren. Und manchmal ist das Klima gegenüber der IG Metall auch richtig frostig.

Und trotzdem: wir alle müssen alle Anstrengungen unternehmen, meinethalben unterstützt durch Zielvereinbarungen, Leitlinien oder Pflichtenhefte.  
Entscheidend ist, dass wir gemeinsam die Trendwende schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, der Betrieb ist und bleibt die Basis unserer gewerkschaftlichen Arbeit.  
Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass wir fast die Hälfte unserer Mitglieder nicht mehr über den Betrieb erreichen.  
Diese Mitglieder haben den gleichen Anspruch auf die Solidargemeinschaft IG Metall.

Daher müssen wir unsere außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit weiterentwickeln. Die betriebliche ist das eine Standbein, die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit das zweite.

Das geht nur mit dem Engagement unserer ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Sie leisten heute vielfach schon großartige Arbeit. Das muss verstärkt werden.

Wo Menschen aus dem Betrieb gedrängt werden oder wo junge Menschen erst gar keine Chance erhalten, machen sich Vereinzelung und Resignation breit. Die Solidarität der IG Metall auch im Alltagsleben erfahrbar zu machen, schafft Mut und Mitgliederbindung. Und beides steht uns als IG Metall gut an.

## **5. Für ein neues Europäisches Sozialmodell**

Kolleginnen und Kollegen, die Einigung Europas kommt voran. Auf der Tagesordnung stehen eine neue Europäische Verfassung und die Osterweiterung.

Auch in Europa entscheidet sich zu Beginn dieses Jahrhunderts, wohin die Reise geht. Nähern wir uns dem amerikanischen Kapitalismus-Modell an, oder geht Europa weiter einen eigenständigen, sozialeren Weg.

Seit geraumer Zeit werden viele Weichen falsch gestellt: Mit dem Euro ist der Puffer der Wechselkurse verloren gegangen. Unterschiede in den Arbeitskosten schlagen direkt und unmittelbar auf die Wettbewerbsbedingungen durch. Die Tarifpolitik gerät damit zusätzlich unter Druck.

Der „Stabilitätspakt“ zwingt die Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten in ein enges Korsett. Und die europäische Zentralbank kümmert sich nur um einen stabilen Euro.

Beide sind längst zu Hemmnissen für mehr Wachstum und Beschäftigung geworden. Und trotzdem sollen sie in der neuen Europäischen Verfassung verankert werden.

Die sozialen Sicherungssysteme sollen stärker in die Standortpolitik Europas einbezogen werden. Was das heißt, kann sich jeder ausrechnen. Schon rollt eine Welle der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Union. Öffentliche Dienste werden abgebaut und den Gewinninteressen privater Investoren geöffnet.

Kolleginnen und Kollegen, das ist ein bedenklicher Weg. Als größtes Deregulierungs- und Privatisierungsprojekt aller Zeiten hat der Einigungsprozess keine fortschrittliche Perspektive. Wahrlich nicht!

Europa darf nicht zum Projekt der Konzerne, Banken und Bürokraten verkommen. Wir brauchen eine andere Politik und vor allem: Wir müssen Wege finden, die Menschen stärker als bisher an grundlegenden Weichenstellungen zu beteiligen. Europa muss schlicht demokratischer werden! Dazu müssen Rechte des Europäischen Parlamentes erweitert und gestärkt werden.

Aber das reicht nicht aus. Die neue europäische Verfassung wird tief in die Souveränität der Mitgliedstaaten eingreifen. In Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in der Sozialpolitik und bei der Ausgestaltung öffentlicher Dienstleitungen.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit sind bereits Weichen gestellt worden. Das schafft keine Zustimmung, sondern Misstrauen.

In anderen Ländern wurde in Volksabstimmungen über den Euro entschieden. Das war nicht immer einfach. Einige Länder werden diesen Weg vielleicht auch bei der neuen Verfassung gehen.

Ich will nicht behaupten, dies sei der einzig richtige Weg. Aber wir müssen doch darüber nachdenken, wie die Bürger in europapolitischen Kernfragen stärker als bisher beteiligt werden.

Kolleginnen und Kollegen, In verschiedenen Entschlüssen haben wir unsere Vorstellungen für die zukünftige Entwicklung Europas aufgezeigt.

Wir wollen:

Die Einrichtung einer Europäischen Wirtschaftsregierung, die politisch auf die Neuausrichtung und Koordinierung der Finanz-, Geld – und Wirtschaftspolitik verpflichtet werden sollte.

Wir wollen eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik. Dazu bedarf es der Reform des Stabilitätspaktes.

Wir brauchen auch in Europa institutionell gesicherte soziale Grundrechte und Mindeststandards.

Wer ein Europa der Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer will, der darf sich vom europäischen Sozialmodell nicht verabschieden. Im Gegenteil! Europa braucht ein neues Sozialmodell. Ein Modell, das allen Beteiligten eine Perspektive des sozialen Fortschritts eröffnet.

Den wohlhabenden Ländern muss die Sicherung des Erreichten und die Modernisierung ihrer sozialen Sicherungssysteme möglich bleiben.

Den wirtschaftlich schwächeren Ländern muss die Perspektive eines wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozesses eröffnet werden.

Auch die neu hinzukommenden Staaten müssen am sozialen Wohlstand Europas teilnehmen können.

Ich weiß: die Osterweiterung ist in unserer Bevölkerung durchaus mit Ängsten verbunden. Viele fürchten um Arbeitsplätze und soziale Standards. Gerade in den Grenzregionen.

Die Politik muss diese Ängste ernst nehmen. Die Europäische Einigung kann nur gelingen, wenn die Menschen mit Europa eine positive Perspektive verbinden.



Kolleginnen und Kollegen, Europa heißt auch für uns eine gewaltige Anstrengung. Wir wissen: Von einer europäischen Gewerkschaftsbewegung sind wir immer noch weit entfernt.

Dabei stellen sich längst neuartige Anforderungen, z.B. an unsere Tarifpolitik.

Erste Schritte sind wir bereits gegangen:

Auf Ebene des EMB haben wir eine tarifpolitische Koordinierungsregel vereinbart. Wir wollen Lohndumping in der EU zu verhindern.

Wir haben einen wechselseitigen Erfahrungsaustausch und engere betriebliche Kontakte auf Basis unserer Euro-Betriebsräte vereinbart.

Am Beispiel der Metallgewerkschaften aus Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Österreich und Deutschland haben wir ein „tarifpolitisches Kooperationsnetzwerk“ begonnen.

Ziel ist, Unterbietungskonkurrenz zu verhindern, und die Arbeits- und Lebensbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu verbessern.

Eine Herkules-Aufgabe - auch für unseren EMB. Ihn müssen wir stärken.

Auch hier gilt. Unser EMB ist so stark, wie wir ihn machen ! Und wir wollen einen starken EMB.

## **6. Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz**

Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen hat der Generalsekretär der UN, Kofi Annan, in einer beeindruckenden Rede eindringlich auf die Gefahren für den Weltfrieden hingewiesen. Er hat den engen Zusammenhang aufgezeigt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Überwindung von Armut und der Garantie von Menschenrechten und Demokratie.

Ohne die Beachtung des internationalen Völkerrechts und ohne Respekt vor den Institutionen der UN ist ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar.

Damit verurteilte er indirekt, aber wahrnehmbar den Angriffskrieg gegen den Irak. Dieser Krieg endete so, wie wir es befürchtet haben.

Die Diktatur wurde militärisch zwar besiegt, aber von einem innerem Frieden, von Demokratie und Aussöhnung ist die gebeutelte Region weiter entfernt denn je.

Eine gerechte und friedliche Welt braucht aber mehr als internationales Völkerrecht. Sie braucht vor allem eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

Die heutige Form der Globalisierung verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich und den Raubbau an der Natur.

- Gut die Hälfte der Menschheit muss von weniger als zwei Dollar pro Tag leben;
- Mehr als 300 Millionen Kinder besuchen keine Schule,
- Über 800 Millionen gelten als unterernährt
- Und einem Viertel der Menschheit ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt.

Das ist das hässliche Gesicht der Globalisierung.

Wir müssen begreifen: die Welt sitzt auf einem Pulverfass!

Wer glaubt, der Norden könnte sich als Wohlstandsfestung vor dem Elend der Welt abschotten, sitzt einer Illusion auf.

Früher oder später schlagen die Folgeprobleme von Armut und Perspektivlosigkeit in die Metropolen des Nordens zurück.

Und im übrigen: auch das Ozonloch kennt keine Staatsgrenzen.

Kolleginnen und Kollegen, ich werte es als ein Zeichen der Hoffnung, dass sich eine globale Bewegung von Menschen formiert, die diesem Wahnsinn die Stirn bietet. Man mag über einzelne ihrer Forderungen und Aktionen streiten. Aber über ihre Berechtigung wohl kaum.

Sie kämpfen nicht gegen die Globalisierung, sondern für eine humanere Welt.

Für eine „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“, wie Joseph Stiglitz es formuliert hat.

Es geht um eine neue Architektur der globalen Finanzmärkte;

- durch einen Schuldenerlass für die ärmsten Nationen,
- durch schärfere Kontrollen der Banken und Kapitalfonds
- durch die Einführung einer Steuer auf transnationale Finanzgeschäfte.

Und es geht um eine gerechter Welthandelsordnung,

- mit fairen Zugängen der Entwicklungsländern zu den Märkten in Amerika und Europa
- mit verbindlichen Kernarbeitsnormen.

Kolleginnen und Kollegen, Natürlich: Auch wir als Gewerkschaften können nicht alle Probleme dieser Welt lösen. Mit diesem Anspruch würden wir uns überheben.

Aber wir dürfen auch nicht die Hände in den Schoß legen.

Wir müssen prüfen, was für uns machbar ist. Und das Machbare müssen wir mit Mut und Entschlossenheit anpacken.

Der Internationalismus gehörte zu den Kerntugenden der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb ist es gut, dass auch immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften an den Protesten der globalisierungskritischen Bewegung teilnehmen.

Kein Zweifel: wir müssen unser Engagement verstärken, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen. Vor allem in den transnationalen Unternehmen. Den globalisierten Kapitalstrategien müssen wir die Globalisierung unserer Interessenvertretung entgegensetzen.

Wir haben dazu bereits ermutigende Beispiele. In einigen Konzernen ist es gelungen, Welt-Betriebsräte zu gründen. Sie streiten für konzerninterne Sozialverfassungen.

Es geht um die Verhinderung einer konzerninternen Unterbietungs-Konkurrenz .

Es geht um den Ausgleich der berechtigten Interessen aller Belegschaften weltweit.

Ein wichtiger Schritt dazu ist die Einführung verbindlicher Kernarbeitsnormen. Sie sollen soziale Rechte und Schutz für alle Beschäftigten aller Standorte sichern.

Zu diesen Kernarbeitsnormen gehören:

- die Abschaffung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung von Frauen,
- die Verwirklichung der Koalitionsfreiheit und die Anerkennung des Rechts auf Tarifverhandlungen.

Wir wollen den Ausbau konzernweiter Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte. Wir wollen verbindliche Strukturen der Interessenvertretung - weltweit.

In unserem Zukunftsmanifest haben wir uns zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren mit den 25 größten transnationalen Unternehmen Regelungen dieser Art zu verabreden. In 9 Unternehmen sind bereits Abschlüsse gelungen, in 10 weiteren laufen Verhandlungen.

Damit werden wir das Elend in der Welt nicht beseitigen. Aber damit gehen wir konkrete Schritte in Richtung einer humaneren Welt.

Kolleginnen und Kollegen, eine unverzichtbare Klammer für unsere Politik auf globaler Ebene ist und bleibt der IMB, der Internationale Metallgewerkschaftsbund. Vor zwei Jahren haben wir uns ein Aktionsprogramm gegeben. Wir haben uns auf gemeinsame Schwerpunkte unserer Arbeit verständigt.

Das war nicht immer leicht. Denn die ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen und die Konfliktlagen in den einzelnen Ländern sind sehr unterschiedlich. Aber wir haben es geschafft.

Neben der Durchsetzung der Kernarbeitsnormen werden unter anderem

- die Gründung von Weltbetriebsräten,
  - der Kampf gegen Diskriminierung,
  - die Schaffung internationaler Arbeitsstrukturen in den Informations- und Kommunikationssektoren
  - und der Aufbau arbeitsfähiger Gewerkschaften
- genannt.

Die gemeinsamen Ziele sind benannt, jetzt müssen Taten folgen.

## **V. Zur Kooperation bereit – Zum Konflikt in der Lage**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Jede Zeit stellt ihre Aufgaben. Die Gründungsväter der Gewerkschaften waren Geburtshelfer von Selbsthilfe, Menschenrechten und Solidarität im heranstürmenden Kapitalismus.

In der Zeit der großen Depression und des Faschismus galt es, die Prinzipien der Menschenwürde und der Humanität gegen die Barbarei zu verteidigen.

Die Nachkriegsgeneration baute Demokratie und Sozialstaat auf; aus der Klasse unterdrückter Lohnabhängiger sollten Bürger mit sozialen und politischen Grundrechten werden.

Die entscheidende Frage am Beginn des 21. Jahrhundert lautet:  
Haben sich die Menschen den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen; müssen sie sich den Zwängen einer entfesselten Globalisierung fügen?  
Oder passen wir Märkte und Globalisierung unseren Lebensentwürfen und unserer Vision eines besseren Lebens an. Sind wir Herren oder Knechte?

Darum geht es bei unserem Kampf! Es geht um

- eine solidarische Arbeitsgesellschaft,
- ein neues Europäisches Sozialmodell
- und eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz.

Wir werden auch in Zukunft soziale Schutzmacht sein müssen; aber gleichermaßen Motor einer besseren Zukunft.  
Weder prinzipielle Gegnerschaft noch prinzipienlose Anpassung sind dabei sinnvolle Optionen.

Wir sind selbstbewusst genug, Dialog und Kooperation mit anderen zu wagen. Mit den Medien, den Arbeitgebern und natürlich auch mit der Bundesregierung.

Wir bieten allen eine faire Kooperation an zu gegenseitigem Nutzen.  
Wir verschließen uns nicht gegenüber Reformen.  
Aber wir wollen Reformen, die Gerechtigkeit und Solidarität unter veränderten Bedingungen neu entwerfen und sichern.

Wir sind zur Kooperation bereit.

Aber wir sind auch zum Konflikt fähig, wo uns der Marsch in eine unsolidarische Gesellschaft zugemutet werden soll.

Kooperation und Konfliktfähigkeit – beides erfordert eine starke IG Metall.  
Eine IG Metall, die Bewährtes erhält und für Neues offen ist.

Wir sind gestartet als soziale Bewegung für die Rechte der abhängigen Arbeit.  
Und eine soziale Bewegung der Solidarität werden wir auch in Zukunft sein.

Glück auf!